Verabschiedung des Haushalts 2019

am 07.12.2018

Landrat Edgar Wolff

ES GILT DAS GESPROCHENE WORT

Sperrfrist: Freitag, 07.12.2018, 15 Uhr

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
werte Kreisrätinnen und Kreisräte,
liebe Kolleginnen und Kollegen der Kreisverwaltung,
verehrte Gäste, sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Medien,

ich darf nun den Tagesordnungspunkt 4 „Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2019“ eröffnen. Seit der Haushaltseinbringung am 12.10.2018 liegen genau acht Wochen hinter uns. Das Verfahren umfasst die 2. Lesung des Haushalts am 9. November und die umfangreichen Beratungen in unseren 4 Ausschüssen in der vergangenen Woche. Das Verfahren umfasst außerdem insgesamt 48 zum Haushalt gestellte Anträge, 6 Anträge davon sind haushaltsrelevant. Insgesamt 15 Anträge konnten bereits in den Ausschüssen erörtert und erledigt werden.

Meine Damen und Herren, wenig überraschend besteht auch der Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2019 im Wesentlichen aus Zahlen. Überraschend ist auch nicht, dass die Ihnen zur HHeinbringung vorgelegten Zahlen sich im Laufe der letzten Wochen und Monate verändert haben. Denn zum Zeitpunkt der Einbringung lagen weder ein HHErlass noch Orientierungsdaten des Landes vor. „Überraschend besser“ sind nun im Ergebnis die aktualisierten Zahlen, die wir Ihnen zu den Beratungen in den Ausschüssen und für heute via Änderungsliste vorgelegt haben.

Auf der Einnahmeseite nenne ich exemplarisch die Auswirkungen des Haushaltserlasses und der November-Steuerschätzung mit erfreulichen +6,4 Mio. € sowie die Ergebnisse der Gemeinsamen Finanzkommission mit ebenfalls erfreulichen +3,9 Mio. €. Im Gegenzug mussten aufgrund der neuesten Erkenntnisse zum Thema „Fehlbeleger“ die Erträge um 4,7 Mio. € reduziert und die Abschreibungen auf Sachanlagen um 3,35 Mio. € erhöht werden. Alle weiteren Veränderungen entnehmen Sie bitte der Anlage 1 der Ihnen vorliegenden Tischvorlage zum Haushalt 2019.

Summiert ergeben sich aus diesen Veränderungen mit Stand 20.11.2018 Gesamtverbesserungen von insgesamt +3,6 Mio. €. Diese Verbesserungen haben aus Sicht der Verwaltung eine Neubewertung der erforderlichen Kreisumlagehöhe erfordert. Wir haben scharf und nachvollziehbar gerechnet und die vorliegenden Verbesserungen nahezu vollständig zur Senkung der Kreisumlage (1 % = 3,4 Mio. €) verwendet. Auch hier „überraschend besser“ konnten wir damit dem Verwaltungsausschuss eine Festsetzung der Kreisumlage für 2019 mit 34,5 %-Punkte statt bisher 35,5 % vorschlagen, also eine Erhöhung um nur noch 0,4% statt bislang 1,4 %.

Der Verwaltungsausschuss ist in seiner Sitzung am vergangenen Freitag dem Vorschlag der Verwaltung gefolgt und hat dem Kreistag mehrheitlich empfohlen, den Kreisumlagehebesatz für 2019 auf 34,5 %-Punkte festzusetzen.

Und nochmal „überraschend besser“ hat uns in der vergangenen Woche eine weitere Veränderung mit Zuweisungen an die Schulen von +0,5 Mio. € erreicht. Dies führt jedoch aus unserer Sicht zu keiner nochmaligen Neubewertung der Situation. Die Verwaltung bleibt mit Blick auf beste-

hende Haushaltsrisiken bei ihrem Vorschlag, den Kreisumlagehebesatz auf 34,5 %-Punkte festzusetzen.

Mit diesem Hebesatz liegt das Aufkommen der Kreisumlage bei umgerechnet 459 €/Einwohner. Im landkreisweiten Vergleich im Regierungsbezirk Stuttgart findet sich der Landkreis Göppingen damit im hinteren Drittel wieder, also bei den Landkreisen mit den geringeren Kreisumlageaufkommen pro Einwohner. Dieser Betrag „KU pro EW“ ist aus Sicht der Verwaltung der geeignete Vergleichswert bezogen auf die Beurteilung der Belastung der Städte und Gemeinden aus der Kreisumlage.

Ich bin der Ansicht, dass wir damit eine auch mit Blick auf die Finanzen unserer Städte und Gemeinden ausgewogene und vertretbare Lösung für 2019 haben. Da sind sich allerdings nicht alle Beteiligten einig, denn zur Höhe des Kreisumlagehebesatzes liegt uns zum einen ein Schreiben der Kommunen im Landkreis vor und es liegen uns zum anderen zwei Anträge aus dem Kreistag vor, auf die ich nachfolgend eingehen möchte, im einen Fall kurz, im anderen Fall - wenig überraschend - etwas ausführlicher.

Die Freie Wählerfraktion hat im VA am 30.11.2018 die Beibehaltung des Hebesatzes aus 2018 mit 34,1 % beantragt. Das ist im Unterschied zum Verwaltungsvorschlag betragsmäßig eine überschaubare Differenz in Höhe von 1,4 Mio. €, die uns in diesem Fall fehlen und die zu einer in diesem Umfang höheren Rücklageentnahme führen würden. Der Antrag würde im Ergebnis den Haushalt im Vergleich zur Einbringung im Oktober schlechter darstellen und deshalb empfehlen wir, diesem Antrag nicht zu folgen.

Zum Antrag der Herren Kreisräte Till und Gerber vom 06.12.2018 und zur Pressemitteilung der Stadt Göppingen vom 04.12.2018 zur Festsetzung der Kreisumlage für 2019 auf 32 % verweise ich zunächst auf die Stellungnahme der Landkreisverwaltung ebenfalls vom 04.12., die Ihnen vorliegt.

Auf ein paar Punkte möchte ich im Folgenden aber nochmals ausführlicher eingehen, weil es in der PM der Stadt Göppingen auch um kritische Aussagen zum Beteiligungsverfahren mit den Kommunen, zur Lastenverteilung unter den Kommunen, zur grundsätzlichen Höhe der KU und auch um Aussagen zur Klinikfinanzierung geht :

- Es trifft nicht zu, dass wir nur ein bloßes Mitteilungsverfahren hätten. Die Festsetzung der Kreisumlage erfolgt seit Jahren immer unter Beteiligung der Städte und Gemeinden. In diesem Jahr hat die Landkreisverwaltung am 12.11.2018 den Haushalt 2019, die Mobilitätsthemen (NVP und VVS) sowie das aktualisierte Finanzkonzept 2030 den Bürgermeisterinnen und (Ober-)Bürgermeistern in einer mehrstündigen Sitzung vorgestellt und intensiv diskutiert. Ebenfalls liegen diesem Personenkreis auch die jeweiligen Power-Point-Präsentationen hierzu vor. Und wie in den Vorjahren erfolgt das Mitwirkungsverfahren auch dadurch, dass dem Kreistag seitens der BM eine schriftliche Stellungnahme zur Kreisumlageentwicklung vorliegt. In diesem Prozedere sehe ich im Ergebnis ein durchaus partnerschaftliches Vorgehen.
- Zum Vorwurf, der KU-Hebesatz sei alles andere als guter Durchschnitt, weise ich nochmals daraufhin, dass wir mit Blick auf die wirklich relevante Kennzahl „Kreisumlageaufkommen je Einwohner“ nach wie vor einen guten, im Regierungsbezirk Stuttgart durchschnittlichen Kennwert haben. Und wenn es Landkreise gibt,

die weniger KU-bedarf haben, dann liegt das nicht zuletzt auch daran, dass bei uns eben auch aktuell bedeutende Zukunftsentscheidungen und -investitionen anstehen.

- Zum in der PM so bezeichneten „Horrorszenario“ verweise ich auf unser Finanzkonzept, über das wir nun schon seit 4 Jahren verfügen. Dadurch wissen wir aber auch nicht erst seit heute, dass wir mit unseren Zukunftsinvestitionen auch vor finanziellen Herausforderungen stehen. In all unseren Darstellungen haben wir bereits mittelfristig von linear 37%-KU-Entwicklung gesprochen und diese für die Folgejahre prognostiziert. Und zur Erinnerung: Es stand auch mal eine „Sonder-KU“ im Raum. Diese gehört jedoch aktuell der Vergangenheit an. Zuletzt haben wir in der Kreistagsitzung am 04.05.2018 mit der Entscheidung NVP inkl. VVS-Beitritt über die KU-Entwicklung informiert – und dies mit KU-Werten bis zu 38 %. Ebenfalls haben wir im Mai – und zuletzt in der Kreistagsklausur im Herbst dieses Jahres – aufgezeigt, dass in einem „Worst-Case-Szenario“ eine KU-Entwicklung mit bis zu 39 % möglich sein kann. Diese Entwicklungen und Szenarien gilt es zu vermeiden. Auch dazu haben wir Ihnen in der Klausurtagung einen Instrumentenkoffer der Gegensteuerung dargestellt und diese mit Eskalationsstufen hinterlegt.

Erinnern möchte ich auch an das Jahr 2005: Hier hatte der Landkreis einen KU-Hebesatz von 43,1 % und er war damals weit davon entfernt, den Bürgerinnen und Bürgern in den Städten und Gemeinden einen zukunftsfähigen ÖPNV anzubieten. Das aber tun wir jetzt. Und in der PM ist leider keine Rede davon, dass die Stadt Göppingen sicher nicht weniger als andere Gemeinden vom Met-

ropolexpress, von den deutlichen Verbesserungen im Nahverkehr und ggfls. auch von einem Vollbeitritt zum VVS profitieren wird.

Ich sage es ganz deutlich, wer Zukunftsinvestitionen wie Klinik-Neubau, NVP oder VVS-Beitritt fordert, der kann nicht gleichzeitig eine deutliche Senkung der Kreisumlage und einen Kurswechsel verlangen. Das passt für mich überhaupt nicht zusammen.

- Und was die kritisierte Ergebnismrücklage anbelangt, möchte ich an den Beschluss aus der KT-Sitzung vom 09.12.2016 erinnern. Demnach sollen diese Mittel ausschließlich zur Finanzierung der Auswirkungen aus dem Klinikneubau verwendet werden. Damit hat die Ergebnismrücklage eine gewollt nivellierende Wirkung auf die KU-Höhe, so auch ganz konkret für den Haushalt 2019, für den wir eine Ergebnismrücklagenentnahme in Höhe von 2,3 Mio. € verwenden und damit umgerechnet eine nivellierende Wirkung von 0,67 %-Punkten KU erzeugen.
- Im Übrigen sind im Landkreis die Zeiten erfreulicher Überschüsse vorbei und diese Überschüsse gab es auch nicht nur im Kreis-haushalt. Auch die Städte und Gemeinden erwirtschaften Über-schüsse und haben eine Ergebnismrücklage. So hat die Stadt Göp-pingen 2016 einen Überschuss von +9,3 Mio. € und in 2017 von +18,5 Mio. € erwirtschaftet. Der Stand der Ergebnismrücklage be-trägt Ende 2017 53 Mio. €. Die Stadt ist fast schuldenfrei, hat einen Investitionshochlauf und das alles trotz angeblich viel zu hoher Kreisumlage.
- Ein paar wenige Sätze zur in der PM aufgeworfenen „Raum-schaftsdiskussion“ bezogen auf die Kreisumlage: Ich lehne es klar und deutlich ab, Städte und Gemeinden aufgrund ihrer Räumlich-keit gegeneinander auszuspielen. Wir sind eine kommunale Fami-lie und eines unserer Schlüsselthemen ist das Kreisbewusstsein.

Ich finde, dass die vorliegende Pressemitteilung deutlich im Widerspruch zum Kreisbewusstsein steht. Und ich finde, dass es gerade in der jetzigen Zeit einer hier und da doch gestörten Zusammenarbeit innerhalb der Kreispolitik wichtiger wäre, das Miteinander zu betonen, als Spaltung zu betreiben. Das ist gerade auch im Hinblick auf die Herausforderungen der Zukunft enorm wichtig. Ich erlaube mir wegen des kritischen Tons der PM hier auch Klartext zu reden. Mir ist aber vor allem auch wichtig, dass wir wieder zu einer besseren Zusammenarbeit zurückkommen. Funktionieren wird das nur, wenn wir aufeinander zugehen und uns offen aussprechen.

Deshalb, Herr OB Till, mein sehr ernst gemeintes Angebot an Sie und an Ihren Gemeinderat, dass ich sehr gerne bereit bin, in Ihren Gemeinderat zu kommen, eben zu einer solchen offenen Aussprache und dies mit dem Ziel, die bislang gute Zusammenarbeit zu reaktivieren. Ich denke, das können die Bürgerinnen und Bürger auch von verantwortlicher Politik erwarten. Mein Vorschlag: Wir treffen uns zur Aussprache nach dem Motto: Klartext und Klärung. Für ein neues Miteinander.

Und noch ein Wort zu unseren Kliniken. Wir werden über die Hinweise in der PM sicher im Aufsichtsrat sprechen. Die erfolgte Differenzierung zwischen den Standorten in Geislingen und in Göppingen widerspricht der Tatsache, dass wir zwischenzeitlich eine Klinik an zwei Standorten haben. Sie widerspricht der Tatsache, dass diese hinsichtlich ihres Defizitbeitrags nicht mehr unterschieden werden.

Die umfassende Medizinstrategie für beide Klinikstandorte wurde im Jahr 2015 in einem aufwendigen Verfahren und mit Unterstützung einer Beraterfirma mit allen Führungskräften gemeinsam entwickelt und den Gremien und der Öffentlichkeit vorgestellt. Ein wesentlicher Punkt der Medi-

zinstrategie ist der Erhalt beider Klinikstandorte für die flächendeckende Versorgung im Landkreis. Der Wettbewerb zwischen den Fachabteilungen beider Häuser wurde zurückgedrängt zugunsten eines komplementären Medizinangebotes. Dies bedeutet, dass Doppelvorhaltungen im medizinischen Bereich vermieden werden und administrative Tätigkeiten zentralisiert sind. Im Übrigen ist der Neubau am Eichert gerade auch für die Stadt Göppingen eine große Chance und keinesfalls eine Selbstverständlichkeit. Es gibt auch heute noch Stimmen, die sagen, eine Klinik in der Mitte des Landkreises wäre eine Alternative gewesen. Dazu haben wir uns ganz bewusst nicht entschieden. Zuletzt konnten wir auch Herrn Sozialminister Lucha unser „Eine Klinik, zwei Standorte-Konzept“ überzeugend darlegen. Und zu diesem Konzept stehen wir alle doch unverändert. Ausrufezeichen und nicht Fragezeichen!

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
nun wieder zurück zum KU-Hebesatz: Auch finanziell wäre ein Hebesatz von 32 %-Punkten nicht zu akzeptieren. Der Ergebnishaushalt wäre mit -10,8 Mio. € unausgeglichen. Eine Entnahme aus der Ergebnisrücklage in entsprechender Höhe müsste dagegengesetzt werden. Diese Summe würde uns im FK 2030 zur Finanzierung der Auswirkungen aus dem Klinikneubau in den künftigen Jahren nicht zur Verfügung stehen und würde demnach gegen die Grundaussagen des Schlüsselthemas „Geordnete Kreisfinanzen“ sprechen.

Ich schlage Ihnen daher für 2019 ganz eindeutig einen Kreisumlagehebesatz von 34,5 %-Punkten vor.

Der Kreishaushalt hätte mit einem KU-Hebesatz von 34,5 Prozentpunkten (Einbringung 35,5) folgende wesentlichen Kennwerte:

Volumen:	310,1 Mio. € (Einbringung: 309,8 Mio. €)
Ergebnishaushalt:	-2,28 Mio. € (Einbringung: -2,89 Mio. €)
Investitionen:	keine wesentlichen Veränderungen
Neudarlehensaufnahme:	16,0 Mio. € (Einbringung: 19,5 Mio. €)

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
 der Kreishaushalt 2019 beinhaltet nicht nur überraschend bessere, sondern auch sehr sorgfältig zu bewertende Zahlen. Er schafft vor allem aber die Basis für weitere wichtige Schritte in Richtung „Zukunftsfähiger Landkreis Göppingen“. Der Nahverkehrsplan, der Bezug des Erweiterungsbaus, der Einstieg in das Jahrhundertprojekt „Klinikneubau“, der Breitbandausbau sind nur einige der Themen, die uns 2019 beschäftigen werden.

Wir können für das Gros unserer 12 Schlüsselthemen feststellen, dass wir in einer deutlichen und ganzheitlichen Vorwärtsbewegung in Richtung Zukunft unterwegs sind. Das gilt für die Themen Gesundheitsversorgung und umweltgerechte Mobilität ganz besonders. Das gilt für die Verkehrsinfrastruktur mit den Kernthemen A 8 und B10 und mit den guten Perspektiven für beide Projekte. Das gilt für die Tourismusentwicklung und für den Klimaschutz, für die Landkreisverwaltung und auch für die Abfallwirtschaft, in der wir aktuell die Weichen stellen können für ein konzeptionell verbessertes Abfallwirtschaftskonzept und für Verbesserungen gerade auch in Sachen Restmüllsenkung.

Meine Damen und Herren,
 für unsere ALB FILS Kliniken verweise ich auf meine Hinweise bei der Einbringung des Haushalts. Da hat sich in der Zwischenzeit nichts verändert. Unverändert hoch sind die Anerkennung und der Dank an alle

Beteiligten und unsere Klinikbelegschaft und unverändert hoch sind auch die Herausforderungen, die an unseren Klinikstandorten bestehen.

Im Sozialbereich gibt es Veränderungen im Bereich der Grundsicherung für Arbeitssuchende im SGB II. Hier konnte aufgrund der Erkenntnisse aus dem 2. Finanzzwischenbericht 2018 der Planansatz für die Kosten der Unterkunft im Rahmen der Änderungsliste um weitere 1,5 Mio. Euro auf nunmehr 28 Mio. Euro reduziert werden. Leider wurde aber die Beteiligungsquote des Bundes an den Kosten der Unterkunft seit Planaufstellung von 48,9 % auf 48,3 % abgesenkt, was in der Folge zu Weningereinnahmen führt. In der Summe ergeben diese Veränderungen jedoch eine erfreuliche Verbesserung im Bereich des SGB II in Höhe von 0,6 Mio. Euro im Vergleich zur ursprünglichen Planung.

Noch ein paar Worte zum Bereich der Geflüchteten. Die Thematik der sogenannten „Fehlbeleger“ in unseren Gemeinschaftsunterkünften, also Geflüchtete, welche in die Anschlussunterbringung gehören, birgt ein hohes Haushaltsrisiko. Nach den deutlichen Signalen des Landes, im Rahmen der „nachlaufenden Spitzabrechnung“ die liegenschaftsbezogenen Aufwendungen für die Fehlbeleger nicht mehr zu erstatten, haben wir reagiert und über die Änderungsliste das Haushaltsrisiko mit 4,7 Mio. Euro „scharf“ gestellt. Um dieses nicht unbeträchtliche Haushaltsrisiko zu minimieren, gilt es, gemeinsam mit den Städten und Gemeinden im Landkreis, zügig Lösungen zu finden, um die derzeit noch ca. 600 „Fehlbeleger“ in die Anschlussunterbringung zu übernehmen. Zuständig für die Anschlussunterbringung sind bekanntermaßen die Städte und Gemeinden.

Um eine solidarische und faire Lastenverteilung innerhalb der Städte und Gemeinden zu gewährleisten, wurde eine Arbeitsgruppe aus Vertretern der Bürgermeister und der Landkreisverwaltung gebildet, die sich noch in diesem Monat zusammensetzen wird. Auch dieses Thema ist zuletzt in der Presse aufgeschlagen und ich möchte nochmals betonen, dass dem Landkreis die angespannte Situation auf dem Wohnungsmarkt sehr wohl bekannt ist – ebenso wie die Herausforderungen, die sich damit den Städten und Gemeinden stellen. Um diese zu unterstützen, plant der Landkreis daher Wohnraum, der im Rahmen der vorläufigen Unterbringung nicht mehr benötigt wird, den Städten und Gemeinden für die Anschlussunterbringung zur Verfügung zu stellen. Wir sind optimistisch, dass die Arbeitsgruppe zu konstruktiven Ergebnissen kommen wird und ich möchte ausdrücklich vermeiden, dass die Worte, mit denen Herr Dangelmayr in gekürzter Form in der NWZ zitiert wurde, zu Irritationen führen. Es ging in keinsten Weise darum, zu suggerieren, dass einzelne Städte und Gemeinden ihrer Aufnahmepflicht bisher nicht nachkommen. Das war unglücklich ausgedrückt und wir bedauern das. Vielmehr geht es darum, jetzt gemeinsam an einer solidarischen landkreisweiten Lösung zu arbeiten.

Erfreulich ist hierbei, dass sich das Land auf Druck der Landkreise und einer entsprechenden Einigung in der gemeinsamen Finanzkommission an den Kosten der abgelehnten und geduldeten Asylbewerber beteiligt. Daher wurden 3,575 Mio. Euro als Einnahme in der Änderungsliste eingestellt. Bei geplanten Aufwendungen in Höhe von 5,3 Mio. Euro für diesen Personenkreis verbleibt beim Landkreis trotz der Landesbeteiligung ein negatives Delta. Ich möchte daher an dieser Stelle meine Forderung wiederholen, dass der Landkreis sowohl für den Bereich der vorläufigen Unterbringung, als auch für den Bereich der Geduldeten seine Aufwen-

dungen vollumfänglich erstattet bekommt. Zwischenzeitlich haben wir uns mit einem Schreiben an unsere Landtagsabgeordneten gewandt und diese gebeten, den Landkreis in seinem dringenden und berechtigten Anliegen zu unterstützen.

Der Jugendhilfeausschuss hat in seiner Sitzung am 26.11.2018 mehrheitlich beschlossen, die laufende Geldleistung für die Kindertagespflegepersonen in der öffentlich geförderten Kindertagespflege zum 1.1.2019 für Kinder unter 3 Jahren um 1,00 € auf 6,50 € und für Kinder über 3 Jahren um 2,00 € auf ebenfalls 6,50 € zu erhöhen. Damit sind die stimmberechtigten Mitglieder des Ausschusses nicht auf die Empfehlung des Kommunalverbandes für Jugend und Soziales und nicht auf den Vorschlag der Verwaltung eingegangen, die Erhöhung der laufenden Geldleistung für Kinder über 3 Jahren um lediglich 1,00 € auf 5,50 € vorzunehmen. Der Landkreis muss deshalb mit Mehrkosten in Höhe von ca. 54.719 € pro Jahr (329.740 € statt 275.021 €) rechnen, sofern sich die Fallzahlen in der gleichen Höhe bewegen.

Aus dem Büro für Kreisentwicklung und Kommunikation wurden seit der Einbringung des Haushalts zwei Themen im VA diskutiert:

Zum einen geht es um die Breitbandinitiative in der Region Stuttgart. Dieses Thema steht heute auf der TO, so dass ich hier lediglich auf die große Chance verweisen möchte, die uns die Zusammenarbeit mit der Telekom bietet.

Vor weiteren großen Chancen steht auch die Tourismusentwicklung mit den Entscheidungen über die künftige Tourismusorganisation auf Kreisgebiet. Die Erlebnisregion Schwäbischer Albtrauf ist nun der Tourismusverband auf Kreisgebiet, auf den wir in der ganzen Fläche des Kreises setzen. Dies ergänzt um die neu entstehende Interessengemeinschaft

für die Erlebnismarke der Stauer. Für die Stärkung der ESA wurden im VA letzte Woche zusätzliche Mittel für einen jährlichen Zuschuss in Höhe von 90.000 Euro ab 2019 bewilligt. Das ist das etwa zweieinhalbfache der bisherigen Förderung und die Bereitschaft zur weiteren Förderung bei entsprechendem Bedarf und bei entsprechender Entwicklung wurde im VA in Aussicht gestellt.

Mit Blick auf den Start in das Jahr 2019 möchte ich abschließend noch zwei Themen ansprechen. Zum einen befinden wir uns bei der Umsetzung des neuen Fahrplankonzepts BUS19plus ab 1. Januar im Endspurt. Dieser Tage ist die breit gestreute Informationskampagne angelaufen, an der Filisland und das Mobilitätsamt in enger Abstimmung gemeinsam gearbeitet haben. Am 17. Dezember haben wir Gelegenheit, den neuen Citybus nach Jebenhausen stellvertretend für die vielen Neuerungen im Fahrplanangebot erstmals live zu testen. Wir nutzen diesen Termin, um zugleich offiziell den Startschuss zum neuen Fahrplan zu geben. Eine Einladung ist dieser Tage an Sie herausgegangen. Ich würde mich freuen, Sie zu dieser kleinen Feierstunde begrüßen zu dürfen.

Auf der Zielgeraden befinden wir uns auch beim zentralen Thema der vergangenen Wochen: der Vollintegration in den VVS. Es ist eine historische Entscheidung, die jetzt unmittelbar bevorsteht. Es geht darum, künftig dabei zu sein. 40 Jahre VVS, die erst vor kurzem gefeiert wurden, markieren ein Erfolgsmodell der Zusammengehörigkeit und der wirtschaftlichen Prosperität. Das müssen wir berücksichtigen. Mit dabei sein, heißt aber auch: mit allen Vorteilen und Pflichten finanzieller Natur. Die Alternative heißt: draußen bleiben, auch künftig in der bisherigen Randlage zu verharren. Nicht mehr, aber auch nicht weniger. Die Chancen, die uns der VVS für die Entwicklungspotenziale des Landkreises, der

Standortgunst unseres Raumes, eröffnet, sind nicht von der Hand zu weisen. Die Fahrgäste, die bisherigen, wie auch diejenigen, die wir vom Nutzen umweltgerechter Mobilität noch überzeugen wollen, sind enorm. Dr. Bernecker hat uns diesbezüglich die Blickweise noch einmal geschärft. Durch die große Tarifreform des VVS zum 1.4.2019 würden die ÖV-Nutzer ganz wesentlich profitieren. Die Fahrpreise würden die Tickets im Landkreis auf den meisten Relationen deutlich günstiger. Wir wissen heute, dass wir mit unserem Kostenrahmen von 3-5 Mio. €/Jahr aller Voraussicht nach richtig liegen. Offen bleibt die Entwicklung der Verkehrsumlage des Verbands Region Stuttgart als einer der maßgeblichen Faktoren unserer Kostenbeteiligung. Noch neu ist die Information, dass die Region kräftig in neue S-Bahn-Fahrzeuge und das elektronische Zugleitsystem ETCS investieren muss. Noch ist offen, mit welchen Zuschüssen des Bundes und des Landes dabei zu rechnen ist. Durch die neu aufgelegten Förderprogramme wird diesbezüglich mit einem starken Signal aus Berlin gerechnet. Klar ist, dass der Landkreis sich an den Beiträgen, die der Verband selbst zu leisten hat, entsprechend der vereinbarten Regularien beteiligen muss, entsprechend unserem Verhandlungsergebnis vom November 2017. Es ist zu sehen, dass von den wichtigen Zukunftsinvestitionen beim Verband auch die Bürgerinnen und Bürger des Landkreises mit profitieren werden. Sei es durch verbesserte Betriebsabläufe durch ETCS oder reibungslosere Umstiege auf den verbesserten S-Bahn-Takt. Einen Fehler sollten wir bei allem nachvollziehbaren Für und Wider der Argumente nicht machen: Es wird keinen Zeitpunkt geben, bei dem alle Risiken bezüglich möglicher Kostenentwicklungen abschließend geklärt sein werden. Weder heute, noch in Zukunft. Deshalb ist es weiterhin richtig, die Entscheidung in der Sondersitzung des Kreistags am 1. Februar zu treffen und nicht länger zuzuwarten.

Meine Damen und Herren: Sie sehen, wir sind in unseren Schlüsselthemen gut unterwegs. Nochmal: Die besonderen Herausforderungen und manche Sorgen liegen im Schlüsselthema der nachhaltigen Finanzentwicklung und im Kreisbewusstsein. Vor allem für das Letztere kommt die Weihnachtszeit gerade recht und damit die Zeit zur Besinnung, zum Innehalten und dann hoffentlich auch zu einem neuen Anlauf für ein gutes Miteinander in 2019 und in den Folgejahren.

In diesem Sinne wünsche ich uns allen eine besinnliche und friedvolle Weihnachtszeit. Mein Dank gilt allen, die tagtäglich ihre Beiträge für die Fortentwicklung des Landkreises leisten und am heutigen Tag insbesondere allen, die an der Erstellung und Diskussion des Haushaltsplans 2019 sowie am Finanzkonzept 2030 mitgewirkt haben.

Ich wünsche uns gute Beratungen und einen guten Abschluss des diesjährigen Haushaltsverfahrens. Ich bitte nun die Fraktionen um ihre Stellungnahmen zum Haushalt 2019.

Kennzahlen zum Haushalt 2019

	Entwurf (Stand: 12.10.2018)	Verabschiedung (Stand: 07.12.2018)
Ergebnishaushalt – Erträge	306.930.150 €	307.863.959 €
Ergebnishaushalt – Aufwendungen	309.831.606 €	310.144.917 €
Ordentliches Ergebnis	-2.901.456 €	-2.280.958 €
Gesamtergebnis	-2.899.456 €	-2.278.958 €
Finanzhaushalt – Einzahlungen	305.466.531 €	306.400.340 €
Finanzhaushalt – Auszahlungen	300.601.706 €	297.563.417 €
Zahlungsmittelüberschuss aus lfd. Vw-tätigkeit	4.864.825 €	8.836.923 €
Einzahlungen Invest.tätigkeit	17.000 €	17.000 €
Auszahlungen Invest.tätigkeit	24.614.720 €	24.814.720 €
Zahlungsmittelüberschuss aus Invest.tätigkeit	-24.597.720 €	-24.797.720 €
Zahlungsmittelüberschuss	-19.732.895 €	-15.960.797 €
Kreditaufnahmen	19.500.000 €	16.000.000 €
Tilgungsleistungen	2.490.000 €	2.490.000 €
Nettokreditneuaufnahme	17.010.000 €	13.510.000 €
Änderung Liquidität	-2.722.895 €	-2.450.797 €